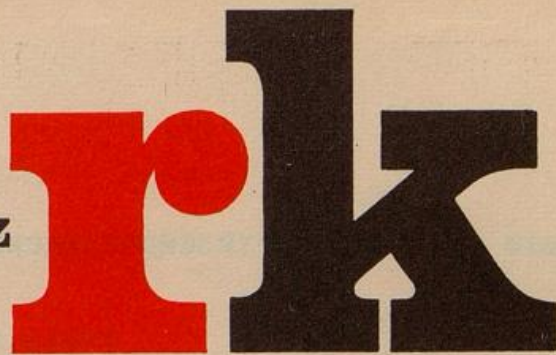


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 8. Juni 1983

Blatt 1481

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 33. österreichischer Städtetag
(rosa) 4,4 Millionen für ärztliche Forschung
 Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr

Lokal: Schulschwänzer: Hilfe wird koordiniert
(orange)

Kultur: Zinnfiguren kämpfen um Wien
(gelb)

Nur

Über FS: 7.6. Wohnhaus evakuiert
 Brand bei Abbrucharbeiten
 8.6. Ottakringerin feiert ihren 103. Geburtstag

Schulschwänzer: Hilfe wird koordiniert

=++++

4 #Wien, 8.6. (RK-LOKAL) In Sachen "Schulschwänzen" fand diese Woche in Floridsdorf das erste regionale Koordinationsgespräch statt, an dem Vertreter des Jugendamtes der Stadt Wien, der Schulbehörden, der Beratungsstellen des Bezirkes sowie der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters teilnahmen. Ziel der regionalen Arbeitsbesprechung, die auch in den anderen Bezirken durchgeführt werden sollen, ist eine bessere Zusammenarbeit der Experten, damit bei Schulschwierigkeiten Schüler wie Eltern alle Hilfs- und Förderungsmaßnahmen besser nützen können.#

Zwtl.: Schulschwänzern helfen anstatt Eltern bestrafen

Anstelle von meist nicht zielführenden Maßnahmen wie Bestrafung der Eltern oder Schulausschluß und Heimunterbringung des Kindes soll der Zugang zu psychologischen und sozialpädagogischen Einrichtungen von Jugendamt und Stadtschulrat erleichtert werden, und zwar durch bessere Koordination der Stellen untereinander wie auch durch verbesserte Information der Eltern.

Eltern von "Schulschwänzern" wird empfohlen, sich an eine kinder- und jugendpsychologische Beratungsstelle, an eine sozialpädagogische Beratungsstelle, an die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern oder an den schulpsychologischen Dienst zu wenden. (Schluß) emw/ap

NNNN

4,4 Millionen für ärztliche Forschung

=++++

5 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Förderungsmittel in der Höhe von 4,4 Millionen Schilling aus dem "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Stadt Wien" überreichte Dienstag abend Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als Präsident dieses Fonds. Bei den geförderten Anträgen handelt es sich um 15 medizinisch-wissenschaftliche Projekte, die sich nahezu auf alle Gebiete der Medizin erstrecken.#

Univ.-Prof. Dr. Stacher vermittelte im Rahmen der Überreichung eine Übersicht über die bisherige Tätigkeit des im Jahre 1978 über Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ durch den Gemeinderat gegründeten Fonds. Zweck des Fonds ist es, auf möglichst breiter Basis die wissenschaftlichen Arbeiten von Wiener Ärzten zu fördern und zu dokumentieren.

Zwtl.: 152 Projekte bisher gefördert

Von 1978 bis 1982 wurden insgesamt durch das Kuratorium 297 Anträge bearbeitet und dafür über 300 Gutachten eingeholt. Für 152 Anträge wurden Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 54,5 Millionen Schilling bewilligt. Wien ist bisher das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte in dieser Art und Weise fördert. (Schluß) zi/gg

NNNN

Zinnfiguren kämpfen um Wien

Utl.: Dioramen-Schau im Historischen Museum

=++++

9 #Wien, 8.6. (RK-KULTUR) Ergänzend zur Türkenausstellung zeigt das Historische Museum der Stadt Wien im ersten Stock des Museumsgebäudes eine Reihe von Zinnfiguren-Dioramen, die die Ereignisse des Jahres 1683 plastisch veranschaulichen. Die Dioramen, von der "Gesellschaft der Freunde und Sammler kulturhistorischer Figuren 1683" zur Verfügung gestellt, sind bis Ende Oktober, zu den normalen Ausstellungszeiten des Museums, zu sehen.#

Die Zinnfiguren, die in den Dioramen verwendet werden, sind kulturhistorische Figuren, die auf der Grundlage genauer historischer Kenntnisse hergestellt wurden. Sie ermöglichen die Darstellung von Lager- und Kampfszenen, die in ihrer lebhaften, visuellen und leicht erkennbaren Darstellung Interesse bei Groß und Klein erwecken: Figuren, Tiere, Geschütze, Fahrzeuge sowie der jeweilige Hintergrund ergeben zusammen plastische Bilder, einen kleinen Ausflug in die Geschichte für jedermann. (Schluß) gab/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (1)

Utl.: Appell an die Regierung

=++++

2 #Graz, 8.6. (R-KOMMUNAL) Der heute in Graz zusammengetretene 33. österreichische Städtetag hat eine Resolution beschlossen, in der die neue Bundesregierung aufgefordert wird, die finanzielle und wirtschaftliche Basis der österreichischen Städte und Gemeinden zu stärken. Im speziellen fordert der Städtebund eine verstärkte Beteiligung der Gemeinden am Steuerverbund, die Abschaffung der Landesumlage sowie einen entsprechenden Ausgleich durch Bundesabgaben, falls Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer auf Gewerbekapital, wie von der Regierung beabsichtigt, tatsächlich wegfallen sollten.#

Die österreichischen Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit den Hauptteil der öffentlichen Investitionen getätigt und damit zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Hohe Folgekosten dieser Investitionen und die in den letzten Jahren stark gestiegene Verschuldung der Gemeinden haben nun ihren Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Deshalb die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Gemeinden im Finanzhaushalt. Im Rahmen des Finanzausgleiches sollen diesbezüglich möglichst bald Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet werden. Der Gemeindeanteil an den Bundessteuern soll in Zukunft unter Berücksichtigung eines bei allen Gemeinden vorhandenen Grundbedarfes und eines unterschiedlichen, sich aus der speziellen Situation der Gemeinde - räumliche Funktion, Ausmaß der wirtschaftlichen Tätigkeit - ergebenden Bedarfes aufgeteilt werden.
(Forts.) roh/gg

NNNN

33. österreichischer Städtetag (2)

Utl.: Stärkere kommunale Selbstverwaltung

=++++

3 #Graz, 8.6. (R-KOMMUNAL) Zu den Anliegen des Städtebundes zählt auch die Fortentwicklung des Gemeinderechtes mit dem Ziel, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Bereits 1981 hat der Städtebund zu den zuständigen Stellen dem Entwurf einer Gemeinde-Verfassungsnovelle vorgelegt. Da es seither zu keinem greifbaren Ergebnis gekommen ist, ersucht der Städtebund die neue Bundesregierung nun um eine rasche Verwirklichung dieser Novelle.

Zwtl.: Ja zum Umweltfonds

In seiner Resolution begrüßt der Städtetag die von der Regierung beabsichtigte Einführung eines "Umweltfonds". Luft- und Wasserreinigung, Kampf gegen den Lärm und Abfallbeseitigung ziehen allerdings weitere hohe Belastungen für den kommunalen Haushalt nach sich. " Der österreichische Städtetag erwartet daher, daß die Städte und Gemeinden an dem neu zu schaffenden Umweltfonds entsprechend beteiligt werden und in der Fondsverwaltung ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt erhalten", wird in der Resolution gefordert. Weiters wird auch an die Regierung appelliert, aus dem Wasserwirtschaftsfonds viele noch unerledigte Projekte rascher als bisher im Interesse des Umweltschutzes zu realisieren.

"Der österreichische Städtetag erhebt diese Forderungen im Bewußtsein der Verantwortung, die die österreichischen Städte und Gemeinden nicht nur für ihre Bürger, sondern für die gesamte weitere Entwicklung unserer Republik tragen. Er erwartet daher, daß in Hinkunft die Gemeinden stärker in die Zusammenarbeit mit Bund und Ländern eingebaut werden, um auch solcherart Bürgernähe und bürgerfreundliche Entscheidungen zu erreichen", schließt die Resolution. (Forts.) roh/gg

33. Österreichischer Städtetag (3)

Utl.: Blecha: Rechtliche Stellung der Gemeinden verbessern

=++++

7 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident des österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Leopold GRATZ, eröffnete Mittwoch den 33. österreichischen Städtetag in Anwesenheit von Bundespräsident Rudolf KIRSCHLÄGER, der Bundesminister Karl BLECHA und Dr. Harald OFNER, des 2. Nationalratspräsidenten Roland MINKOWITSCH von Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER und dem Bürgermeister der gastgebenden Stadt Graz, Dipl.-Ing. Franz HASIBA sowie zahlreicher prominenter Gäste aus dem In- und Ausland.

Innenminister Karl BLECHA bekannte sich in seiner Begrüßungsansprache zum föderalistischen Bundesstaat und der Gemeinde als wichtigen Partner. "Die Bundesregierung wird der Verbesserung der rechtlichen Stellung der Gemeinden besondere Aufmerksamkeit widmen", versprach er. Gespräche über das Forderungsprogramm der Gemeinden werden so rasch wie möglich geführt werden.

Die in der Regierungserklärung angekündigte bürgernahe Verwaltung will Blecha in Zusammenarbeit mit allen ihren Trägern verwirklichen. Die Gemeinden mit ihrem direkten Kontakt zu den Bürgern soll dabei eine wichtige Rolle spielen.

Im Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen versicherte Blecha den Gemeinden als Innenminister seine volle Unterstützung bei allen Gesprächen mit den Gebietskörperschaften. (Forts.) roh/gg

33. Österreichischer Städtetag (4)

Utl.: Kirschschläger: Gemeinden als Brücken zum Bürger

=++++

8 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Die Vertreter der Gemeinden bezeichnete Bundespräsident Dr. Rudolf KIRSCHLÄGER als die Klammer, die Volk und Staatsapparat zur Gemeinde verbindet. Sie brächten den Nachweis, daß die Wandlung vom Träger der Hoheitsgewalt zum Partner des Bürgers tatsächlich möglich ist.

Leben und Schicksal der Gemeinden bestimmen Leben und Schicksal unserer Republik maßgeblich mit, stellte Kirschschläger fest. Die jetzigen Finanzierungsprobleme der Gemeinden sollten mit Hinwendung zum rechten Augenmaß bewältigt werden. Zu viel Unbekümmertheit führe zu Krisensituationen. Nur mit Geld lassen sich nicht alle Bedürfnisse der Bürger lösen - gerade die Frage des Umweltschutzes beweise, wie wichtig weitschauende Grundsatzentscheidungen seien. (Forts.) roh/gg

33. österreichischer Städtetag (5)

Utl.: Suttner: Gemeinderecht novellieren

=++++

10 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Salzburger Magistratsdirektor Dr. Herbert MEISTER befaßte sich mit der Rechtslage in Bezug auf die Zahlungsunfähigkeit von Gemeinden, die derzeit unbefriedigend ist. Seiner Meinung nach ist eine völlige Neukonzeption notwendig. Ein Exekutionsverfahren gegen ein Gemeindevermögen sollte zur Gänze ausgeschlossen, dafür ein Gläubigerschutz im öffentlichen Recht begründet werden, um die Kreditwürdigkeit der Gemeinden nicht zu gefährden. Eine Möglichkeit dazu wäre die Einschaltung der Aufsichtsbehörde. Die Gebietskörperschaften müßten sich darüber einigen, aus welcher Quelle die entsprechenden finanziellen Mittel kommen sollten.

Der Generalsekretär des österreichischen Städtebundes, Bundesrat Reinhold SUTTNER, legte eine "kommunale Standortbestimmung" vor. Seit der Bundesverfassungsgesetznovelle 1962 hat sich die Rechtslage weiterentwickelt. Die immer wieder geforderte Bürgernähe kann beispielsweise ohne einen Ausbau der Gemeindeautonomie kaum in vollem Umfang verwirklicht werden. 1981 legte der Städtebund einen Entwurf zu einer neuen Novelle des Gemeinde-Verfassungsrechtes vor. Verhandlungen auf Beamtenebene kamen seither zu keinem Ergebnis. Ein Beispiel: Gemeinden über 20.000 Einwohnern ist ein eigenes Statut zu verleihen, falls keine Landesinteressen gefährdet sind. Die Gemeinden haben jedoch nicht einmal das Recht, ein Verfahren zu verlangen, wenn das Land seine Zustimmung verweigert. Des weiteren verlangt der Städtebund ein Anfechtungsrecht von Gesetzen und Verordnungen auch seitens der Gemeinden. "Wir werden unsere Vorstellungen und Wünsche möglichst bald in direkten Gesprächen der Bundesregierung unterbreiten", kündigte Suttner an. (Forts.) roh/gg

NNNN

33. Österreichischer Städtetag (6)

=++++

11 Graz, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der Vorwurf, die Gemeinden hätten in Konjunkturzeiten zu viel investiert und würden bei schlechterer Wirtschaftslage mit ihren Investitionen zurückgehen, verhielten sich also prozyklisch, stimme nicht, sagte Suttner: Die Zahlen beweisen, daß bei den öffentlichen Investitionen der Anteil der Gemeinden etwa gleich bleibt. Suttner legte dem Städtetag anschließend eine Resolution vor, in der die neue Bundesregierung aufgefordert wird, die Stellung der Gemeinden auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet zu stärken (siehe "Städtetag 1").

Abschließend verwies Suttner noch auf einige neue Aktivitäten des Städtebundes, die zur Behebung der derzeitigen Probleme beitragen sollen: So wurde kürzlich ein Jugendausschuß gebildet, der auf diesem Sektor Lösungsvorschläge anbieten soll: ein Ausschuß für Organisationsangelegenheiten mit einer zeitgemäßen Neuorganisation der Verwaltung: Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum hat "Richtlinien zur Ermittlung der Folgelasten kommunaler Investitionen" in Zusammenarbeit mit Städte- und Gemeindebund erstellt, um den Gemeinden eine Orientierungshilfe auf diesem Gebiet zu geben; und schließlich hat der Städtebund im Rahmen der Stadterneuerungskampagne Ausstellungen, Diskussionen, Broschüren organisiert. All diese Maßnahmen sollen in einer Zeit, in der es auf dem kommunalen Sektor zu einem Umbruch kommt, Lösungsvorschläge anbieten. (Schluß) roh/gg

NNNN

Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr (1)

Utl.: Enge Zusammenarbeit mit Polizeiarzten

=++++

6 #Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Der "Sozialpsychiatrische Notdienst" (bisher unter dem Namen Psychosozialer Notdienst bekannt) ist mit 1. Juni in seinen neuen Stützpunkt im 9. Bezirk, Fuchsthallergasse 18, übersiedelt. Die Notfallseinrichtung steht unter den Telefonnummern 31 84 19 und 31 84 20 Tag und Nacht, auch an Wochenenden und Feiertagen für Soforteinsätze zur Verfügung. Mittwoch wurde der erweiterte Notdienst - in dessen Rahmen Sozialpsychiatern und Therapeuten arbeiten - in seinem neuen Stützpunkt von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellt. Laut Stacher soll durch eine enge Zusammenarbeit mit den Wiener Polizeiarzten künftig die Zahl der Zwangseinweisungen in die Psychiatrie weiter reduziert werden. #

Zwtl.: 3.000 Zwangseinweisungen jährlich

Gegenwärtig gibt es in Wien jährlich noch immer rund 3.000 Zwangseinweisungen, das sind mehr als die Hälfte aller Aufnahmen. Im internationalen Vergleich ist diese Zahl, wie Stacher erklärte, noch immer erschreckend hoch. Die in der soeben begonnenen Legislaturperiode vorgesehene Reform des Bundesgesetzes über die Zwangseinweisungen, soll in ganz Österreich die Zahl der Zwangsaufnahmen durch entsprechende Alternativen senken. In Wien, wo es bereits einen gut ausgebauten Psychosozialen Dienst gibt, soll mit dem Ausbau dieser Notfallseinrichtung ein praktischer Vorgriff auf die neuen Bestimmungen erfolgen.

(Forts.) zi/ko

NNNN

Sozialpsychiatrische Feuerwehr rund um die Uhr (2)

Utl.: Hilfe vor Zwang

=++++

12 Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1978, zu Beginn der Reform, lag der Anteil der freiwilligen Aufnahmen in Wien nur bei 17 Prozent. Bis jetzt konnte dieser Anteil mit über 37 Prozent mehr als verdoppelt werden. Dennoch ist im internationalen Vergleich die Zahl der Zwangsaufnahmen nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich noch immer viel zu hoch. Nach Meinung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher muß die notwendige Hilfe jedoch Vorrang gegenüber dem Zwang und dem Einsperren haben. Ebenso könnte man nicht akzeptieren, daß dieselben Krankheitszeichen, die in vielen anderen Ländern ohne Zwang behandelt werden, in Wien zur polizeiärztlichen Einweisung, zum Anlegen von Vormerkakten und zu weiteren Nachteilen für die Betroffenen führen. Durch neue Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit mit dem Psychiatrischen Krankenhaus und vor allem mit den Polizeiamtsärzten soll daher die noch immer sehr hohe Zahl an Zwangseinweisungen gesenkt werden.

Zwtl.: Psychiatrische Hilfe in Krisenfällen

In gemeinsamen Gesprächen mit Vertretern der Wiener Polizei und den Polizeiärzten wurden daher Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit besprochen. Bekanntlich erfolgen die Zwangseinweisungen in der Psychiatrie laut Gesetz nur durch beamtete Polizeiärzte. Wie wichtig jedoch die Zusammenarbeit mit Psychiatern und Therapeuten gerade in Notsituationen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich unter den über 40 Polizeiamtsärzten in Wien kein einziger Facharzt für Psychiatrie befindet. (Schluß) zi/ap

NNNN